

BARGELD ALS ELEMENTARER BESTANDTEIL EINER FREIHEITLICHEN GESELLSCHAFTORDNUNG

Manfred O. E. Hennies¹
Fachhochschule Kiel

Abstract

Since state institutions began using account screening, in the bank sector, not only in cases of suspicion, but as a standard procedure for monitoring account and investment data, much of the illegal transfer of funds has shifted towards cash payments. In order to hinder, or even do away with such illegal monetary transactions, the EU is considering two possible courses of action; one moderate and one more radical. The moderate solution would see the introduction of legislation restricting the amount of cash used in payments. Several countries already have such legislation. It is possible that this limit could be adjusted by governments ad hoc, and could even be set at zero. This would be the radical course of action; doing away completely with cash payments. The consequence would be that the transfer of money would only be possible by bank transfer from account to account.

Representatives of the banking sector are in favour of the campaign to eliminate the use of cash transactions, as this would lead to advantages within the banking industry. However, there would be many disadvantages for the general public. In the world of commerce, contractual liberty is a fundamental principle. All contracting parties have the right, within the law, to negotiate the terms of a contract to be signed, laying down goods or payment (cash included) to be made, as a part of the contract. Thus, legislation restricting the use of cash would be a breach of the freedom of rights as laid down in the constitution of any EU country.

The question as to whether or not to do away with the use of 500, - Euro bank notes is of little interest to legal and private monetary transactions, as these are seldom used in such cases. Since these notes are a simple way of transporting large sums of money unnoticed, their use is mainly limited to the world of illegal transactions where large sums of money need to be moved, as in the case of money laundering

Keywords: Account-call-procedure; banknotes; (gold) bullion; cash (payment); clearing system; (illegal) commercial circulating system; contractual liberty; trade (business) cycle; upper cash;

JEL: E41; E42; E50; E51; E58

¹ Dr. Manfred O. E. Hennies, emeritierter Professor der Fachhochschule Kiel
(manfred.hennies@fh-kiel.de)

Einführung

Seitdem im Bankenbereich die Kontenabrufverfahren nicht mehr nur in konkreten Verdachtsfällen angewendet werden, sondern zu Standardinstrumenten staatlicher Institutionen geworden sind, mit denen Stamm- und Bestandsdaten der Konto- und Depotverbindungen ausgespäht werden, hat sich der illegale Zahlungsverkehr zunehmend auf das Bezahlen mit Bargeld verlagert. Der Bargeldtausch verläuft im Allgemeinen Zug-um-Zug ohne jegliche Datenerfassungen. Er ist insoweit anonym. Die Anonymität ist für illegale Transaktionen wichtig, weil die Beteiligten nicht erkannt werden wollen und ihre Aktivitäten im Verborgenen bleiben sollen. Dabei geht es meistens um die Finanzierung des Terrorismus und des Drogenhandels, die Abwicklung der Kapitalflucht, die Entlohnung von Schwarzarbeit, die Verheimlichung von Steuerhinterziehung und Korruption. Gleiches gilt für das Bestreben, aus illegalen Geschäften stammende Kaufkraft in den legalen Geldkreislauf einzuschleusen. Solche 'Geldwäsche' geschieht unter Vorspiegelung legaler Geschäfte, beispielweise des Handels mit Juwelen, Antiquitäten, Kunstwerken und auch Gebrauchtwagen, unter Zwischenschaltung von Bargeldtransaktionen.

Bargeld und illegaler Zahlungsverkehr

Zur Prävention oder zumindest Bekämpfung illegaler Transaktionen werden in der Europäischen Union seit einiger Zeit zwei Maßnahmen in Erwägung gezogen, und zwar eine gemäßigte und eine radikale Variante.

Die gemäßigte Version sieht für Bargeldzahlungen gesetzliche Höchstbeträge vor. In einigen Ländern bestehen bereits solche Obergrenzen.² Die zum Teil deutlich voneinander abweichenden Grenzwerte in diesen Ländern lassen vermuten, dass bei den Beschlüssen über die Höhen dieser Beträge die jeweiligen sozial-ökonomischen Besonderheiten berücksichtigt worden sind. Die deutsche Bundesregierung präferiert eine Obergrenze von 5000 €. In einer Währungsunion wie der europäischen sind unterschiedliche Bargeldschwellen nicht systemkonform. Bargeldbegrenzungen müssten, wenn sie in der Union allgemein eingeführt werden sollten, einheitlich sein. Ein solcher für alle Unionländer einheitliche Grenzwert sollte nicht zu niedrig sein; denn: je höher dieser angesetzt würde, umso weniger Bürger wären dann davon betroffen und in ihren Entscheidungsfreiheiten eingeengt. — Unklar ist, wie im Einzelfall die Einhaltung der Grenzwerte überprüft werden soll, zumal die Möglichkeit besteht, die jeweils zur Diskussion stehende Geldsumme in Teilbeträge aufzuspalten.

² So in: Slowakei (5 000 €, bei Privatpersonen 15 000 €); Belgien (3 000 €, beim Immobilienerwerb sind Bargeldzahlungen generell verboten); Frankreich (3 000 €); Italien (3 000 €, Anfang 2016 von 1 000 € auf 3 000 € erhöht); Litauen (2 900 €); Bulgarien (2 500 €); Spanien (2 500 €); Dänemark (1 340 €); Griechenland (1 500 €); Rumänien (1 100 €); Portugal (1 000 €). [Quellen: Diverse Veröffentlichungen in: Handelsblatt – Deutschlands Wirtschafts- und Finanzzeitung]

Regelungen dieser Art schließen nicht aus, dass die Bargeldobergrenzen von den gesetzgebenden Instanzen verändert werden; sie könnten auch auf null herabgesetzt werden. Das käme dann der radikalen Alternative gleich, nämlich der vollständigen Abschaffung des Bargeldes. Sie hätte zur Folge, dass der Transfer von Kaufkraft nur noch über nachvollziehbare Bankverbindungen und der dort geführten Konten möglich wäre. Diese Version geht auf eine Empfehlung des Harvard-Ökonomen Kenneth Rogoff zurück, der vor zwei Jahren in verschiedene Zeitungen eine solche Maßnahme zur Verbrechenbekämpfung und Effizienzsteigerung geldpolitischer Maßnahmen vorschlug³.

Ergänzend wird die Annullierung von Banknoten mit hohen Nominalwerten in Erwägung gezogen. Für den Euro-Raum stehen die 500-Euro-Scheine zur Disposition, die circa 28 Prozent des Wertes aller Euro-Banknoten ausmachen. Banknoten mit einem so hohen Nominalwert finden im normalen Geschäftsverkehr ohnehin kaum Anwendung, zumal sie im Einzelhandel vielerorts bereits heute ausdrücklich nicht mehr entgegengenommen werden. Verbraucher bezahlen im Alltag ihre Einkäufe gewöhnlich mit Banknoten geringerer Wertigkeit, und Geschäftsleute wickeln ihren Zahlungsverkehr in der Regel bargeldlos ab. Ein besonderes Interesse an 500-Euro-Scheinen können allenfalls kriminelle Kreise haben, weil diese Geldscheine den illegalen Transport hoher Geldbeträge erleichtern und mit relativ geringen Volumina ermöglichen.

Bargeld und Kreditwirtschaft

Die Vertreter der Kreditwirtschaft unterstützen diese Pläne, insbesondere die Alternative, das Bargeld gänzlich abzuschaffen. Die Realisierung dieser Vorhaben brächte dem Bankensektor eindeutige Vorteile:

→ Durch die Existenz von Bargeld sind der Zentralbank in ihrer Zinspolitik Untergrenzen gesetzt. Würde Bargeld abgeschafft, könnte sie ihren Leitzins beliebig in den Minusbereich absenken, und die Kreditinstitute könnten den negativen Einlagenzins leichter auf ihre Kunden abwälzen.⁴ Das ist dadurch zu erklären, dass die Bankkunden nun keine Ausweichmöglichkeiten mehr hätten, indem sie ihre Guthaben auflösen, also in Bargeld umwandeln, und in Tresoren – zinslos –

³ Anlässlich einer Abendveranstaltung am 18.11.2014 in München sagte Rogoff: “Die Zentralbanken könnten auf diese Weise leichter Negativzinsen durchsetzen, um so die Wirtschaft anzukurbeln“. ... “Außerdem könnten Steuerflucht und Drogenkriminalität besser bekämpft werden“. ... “Papiergeld ist das entscheidende Hindernis, die Zentralbank-Zinsen weiter zu senken. Seine Beseitigung wäre eine sehr einfache und elegante Lösung für dieses Problem.“ (Gemeint war die Finanzkrise; zitiert nach: Deutsche Wirtschaftsnachrichten vom 19.11.2014)

⁴ Für Konteninhaber kommt ein negativer Zins auf Kundeneinlagen einer kalten Enteignung oder Vermögensteuer auf Sparguthaben gleich, ohne dass dafür ein parlamentarischer Beschluss vorliegt. — Gelänge aufgrund der Konkurrenz der Kreditinstitute untereinander die Überwälzung des negativen Leitzinses auf die Bankkunden nicht oder nur sehr schwer, würden die Geschäftsbanken ihre Reserven in bar vorhalten, solange die Zinslasten höher wären als die betriebswirtschaftlichen Kosten der Bargeldhaltung.

deponieren. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass bereits ein leicht negativer Zinssatz auf Kundeneinlagen verstärkt zu Bargeldabhebungen und Geldhortungen führt.

→ Könnten Transaktionen nur noch bargeldlos abgewickelt werden, profitierten davon Banken und Internet-Bezahldienste, wie zum Beispiel PayPal oder Paydirekt. Diese wären dann an jedem Zahlungsvorgang mit Provisionen beteiligt. Das erhöhte oder zumindest stützte deren Rentabilität, was in Zeiten niedrigen Zinsen von besonderer Bedeutung wäre.

→ Durch Abschaffung von Banknoten und Münzen entfallen die Kosten der Bargeldlogistik durch Investitionen in besonders gesicherte Tresore, effiziente Alarmanlagen und kostspielige Bargeldautomaten einschließlich der diesbezüglichen Wartungen und Abschreibungen. Auch entstehen dann keine Kosten mehr für aufwendige Gefahrentransporte und Mehrarbeit durch umständlichere Abrechnungen sowie das Drucken von Banknoten und das Prägen von Münzen.

→ Die Gefahr von Raubüberfällen entfällt und mit ihnen die anteiligen Kosten für präventive Maßnahmen und Versicherungen.

Diese gegen die Beibehaltung von Bargeld gerichteten Argumente werden zum Teil auch im Nichtbankensektor vertreten. Das betrifft den höheren Arbeitsaufwand im Umgang mit Bargeld im Vergleich zum Buchgeld, das Gefahrenmoment und die Kosten der Vorhaltung von Bargeld, zumindest wenn die Beträge so hoch sind, dass sie im privaten oder gewerblichen Bereich nicht ungesichert aufbewahrt werden sollten. Außerdem wird gegen Banknoten und Münzen oft angeführt, sie seien unhygienisch, weil sie im Geldkreislauf diverse Hände passieren.⁵

Bargeld und freiheitliche Wirtschaftsordnungen

Andererseits sind die Vorteile des Bargeldes unübersehbar!

→ Bargeld vergegenständlicht Entscheidungsfreiheit für seinen Besitzer oder, wie Fjodor Michailowitsch Dostojewski es im 19. Jahrhundert ausgedrückt hatte: "Geld ist geprägte Freiheit". Das gilt aber nur für das Bargeld; alle anderen Formen des Geldes sind der möglichen Überwachung durch öffentliche Stellen ausgesetzt.

→ Der Einsatz von Bargeld ermöglicht dem Agierenden anonym zu bleiben, die Kontrolle über die eigenen Daten zu behalten und sich dem Zugriff sowie der Überwachung des Staates zu entziehen. Es ist fraglich, ob das bei Abschaffung des Bargeldes auch für das bargeldlose Bezahlen via BankCard oder Kreditkarte (jeweils auch mit Kontaktlosfunktion und Direktabbuchung), Handy, Smartphone, E-Mail, Mobiltelefon ohne oder mit Pin/Limit durch technische und institutionelle Weiterentwicklungen des digitalen Zahlungsverkehrs und ausgeklügelte

⁵ Bargeld heißt in der finnischen Sprache: 'Käteinen' = 'Handgeld', weil man Banknoten und Münzen in die Hand nehmen kann.

Datenschutzregeln gleichermaßen erreicht werden kann. “Wenn alle privaten Umätze – vom täglichen Einkauf über einen Bordellbesuch bis zur Suchttherapie – dokumentiert würden, gäbe es kein Recht des Einzelnen mehr, selbst über die Preisgabe persönlicher Daten zu bestimmen“ (Rürup). Bargeldverbot wäre ein verheerender Schlag gegen den Schutz persönlicher Daten.

→ Mit dem Halten von Bargeld sind keine Insolvenzrisiken verbunden, weil die Zentralbank als dessen Emittent und generell als ‘Quelle der Geldschöpfung’ unendlich liquide ist (Hennies: 50). Dagegen tragen Inhaber von Giro- und Spargeldkonten bei Geschäftsbanken mit ihren Guthaben die Risiken, dass die betreffenden Finanzinstitute zahlungsunfähig werden. Wenn das eintritt, dann sind bei Schuldenschnitten Teilbeträge dieser Vermögenwerte, bei bestehenden Einlagensicherungssystemen⁶ die Beträge oberhalb der gesetzlich bestimmten Garantiewerte verloren. Deshalb muss, falls Bargeld als wichtiges Wertaufbewahrungsmittel abgeschafft werden sollte, fairerweise und im Interesse der Allgemeinheit dafür gesorgt werden, dass es gleichwertige, insolvenzimmune Möglichkeiten für die Deponierung von Kaufkraft gibt. Das könnte erreicht werden, wenn allen Wirtschaftsobjekten das Recht eingeräumt würde, bei der Zentralbank oder bei Zahlungsverkehrsinstituten, die nur für die Erbringung von Basis-Bankdienstleistungen lizenziert und mit Staatsgarantien versehen wären, Giro- und Sparkonten zu unterhalten. Da der europäische Bankenmarkt überbesetzt ist, könnte das allerdings dazu führen, dass zahlreiche Kreditinstitute für sie existenzrelevante Geschäftsfelder verlieren.

→ Ältere Menschen haben im Umgang mit Handys, Apps und Internetbanking oft Schwierigkeiten. Für sie stellt Bargeld im Notfall eine unentbehrliche, weil jederzeit verfügbare Liquidität dar.

→ Für Mitglieder der Gesellschaft, die aufgrund von Schicksalschlägen zur Finanzierung ihres individuellen Existenzminimums auf Bittstellungen am Straßenrand angewiesen sind, ist Bargeld ein unentbehrliches Mittel für den Erhalt ihrer Lebensgrundlagen. Die Vorstellung, sie könnten die benötigten Almosen unter Einsatz von BankCards oder gar Kreditkarten einsammeln, ist völlig abwegig. Gleiches gilt für auf der Flucht befindliche Zuwanderer, die nicht registriert und ohne festen Wohnsitz sind und darüber hinaus oft wegen fehlender oder ungenügender Sprachkenntnisse sich nicht ausreichend verständigen können. Ohne Bargeld im Wirtschaftskreislauf wäre all diesen Menschen praktisch die Existenzgrundlage entzogen. Auch ad hoc Spenden vor Ort, beispielweise anlässlich öffentlicher Veranstaltungen, oder individuelle Extravergütungen neben der offiziellen Rechnungstellung für besonders kompetente und umsichtige Dienstleistungen (so genannte ‘Trinkgelder’) wären ohne Bargeld nicht mehr möglich. Touristen aus fernen Ländern, in denen es keine international anerkannten Bankensysteme und keine entsprechenden Rechtsgrundlagen gibt, wäre ein Besuch so gut wie unmöglich.

⁶ zum Beispiel eines ‘european deposit insurance scheme’ (EDIS).

→ Durch Abschaffung von Bargeld und Abdrängen auf den bargeldlosen Zahlungsverkehr steigt die Gefahr der Cyberkriminalität, weil sich dann ein noch größerer Teil des täglichen Geschehens über das Internet abspielet.

→ Bargeld hat eine Signalfunktion; es zeigt dem Besitzer, über wie viel Kaufkraft er noch verfügt. Das kann erklären, weshalb es schwerer fällt, Bargeld auszugeben im Vergleich zum digitalen oder Kartengeld. Auch kann das ein Grund dafür sein, dass mit dem Vordringen des virtuellen Geldes die Verschuldung der Verbraucher allgemein gestiegen ist.

Der Slogan aus Schweden: “Bargeld braucht nur noch die Oma – und der Bankräuber“ ist also äußerst einseitig (Thiele).

Bargeld und Vertragsfreiheit

Im Geschäftsverkehr einer liberal strukturierten Gesellschaft ist die Vertragsfreiheit ein fundamentales Prinzip. Jeder Bürger hat das Recht, im Rahmen der bestehenden Gesetze mit dem Vertragspartner frei zu vereinbaren, welche Güter Gegenstand des Vertrages sein, also ausgetauscht werden sollen. Bis auf die reinen Tauschgeschäfte⁷ werden in allen zweiseitigen Verträgen Vereinbarungen über die Art der Bezahlung getroffen. Durch Abschluss von Bargeschäften, also die Bezahlung mit gesetzlichen Zahlungsmitteln entsteht für den jeweiligen Gläubiger sowohl ein Zwang zur Annahme der vereinbarten Geldsumme als auch ein Anrecht darauf. Eine Bestimmung, wonach nur bis zu einem hoheitlich verfügbaren Grenzwert mit Banknoten bezahlt werden darf, steht im Widerspruch zum inhaltlichen Begriff ‘Gesetzliches Zahlungsmittel’ und verstößt gegen den Grundsatz der Vertragsfreiheit. Wenn also in der Europäischen Währungsunion zur Bekämpfung illegaler Geschäfte für Zahlungen mit Euro-Banknoten⁸ Obergrenzen verfügt würden, wäre das unvereinbar mit dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union sowie der EG-Verordnung Nr. 974/98, Teil IV, Artikel 10, Satz 2, über die Einführung des Euros.

Schlussfolgerungen

Würde Bargeld nach der radikalen Version gänzlich abgeschafft, dann wäre, ähnlich wie bei der gemäßigten Version, die Vertragsfreiheit eingeschränkt, aber in noch stärkerem Maße, weil es ex nunc keine gesetzlichen Zahlungsmittel mehr gäbe. In freiheitlichen Ordnungen haben staatliche Stellen auch bei entsprechenden

⁷ Reine Tauschgeschäfte beinhalten den gegenseitigen Austausch von Gütern mit Ausnahme von inländischen Währungseinheiten (also: Waren, Dienstleistungen und Fremdwährungen).

⁸ Euro-Banknoten sind in den Ländern der Europäischen Währungsunion gesetzliche Zahlungsmittel. Artikel 128, Absatz 1, Satz 3, des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union lautet: “Die von der Europäischen Zentralbank und den nationalen Zentralbanken ausgegebenen Banknoten sind die einzigen Banknoten, die in der Union als gesetzliches Zahlungsmittel gelten.“ Noch deutlicher kommt das in § 14, Absatz 1, Satz 2, des deutschen Bundesbankgesetzes zum Ausdruck: “Auf Euro lautende Banknoten sind das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel. “

Gesetzesänderungen zumindest nicht das moralische Recht, durch Abschaffung von Bargeld dem Bürger seinen Entscheidungsspielraum in einer solch gravierenden Weise einzuschränken.

Geschähe es dennoch, dann wäre zu erwarten, dass durch einen solchen dirigistischen Eingriff an die Stelle der aus dem Zahlungsverkehr entfernten Euro-Banknoten und Euro-Münzen als Ersatz Währungen außereuropäischer Länder träten. Auch wäre Gold ein mögliches Surrogat, und zwar in Form versiegelter Goldbarren im illegalen Zahlungsverkehr und in kleinen Stückelungen in Form von Goldmünzen beim normalen, täglichen Einkauf. Änderte sich die Zielsetzung nicht, weshalb die grundsätzliche Bargelddiskussion entfacht worden ist, dann müsste konsequenterweise auch Gold als Tauschmittel verboten werden. Spätestens in diesem Stadium fortschreitender Reglementierungen stellt sich die Frage: Wann hört die viel gepriesene Freiheit auf und wann beginnt die Diktatur? Aber bereits heute stellt sich zu Recht die Frage: Ist der eigentliche Grund für die Einschränkung von Bargeldzahlungen oder die gänzliche Abschaffung des Bargeldes nicht die weiterreichende Kontrolle über die Bevölkerung durch Offenlegung der individuellen Kaufkraftverwendungen?

Literatur:

1. **Häring, Norbert**, Die Abschaffung des Bargeldes und die Folgen – Der Weg in die totale Kontrolle, Bastei Kübbe AG, 2016
2. **Hennies, Manfred O. E.**, Allgemeine Volkswirtschaftslehre für Betriebswirte, Band 3: Geld, Konjunktur, Außenwirtschaft, Wirtschaftswachstum und Verteilung, Berliner Wissenschaftsverlag (vormals Berlin Verlag Arno Spitz), Berlin (1989) 2003⁵
3. **Horstmann, Ulrich/Mann, Gerald**, Bargeldverbot, Finanzbuchverlag, (2015) 2016²
4. **Kipp, Janne Jörg**, Die große Enteignung, Kopp, 2015
5. **Rürup, Bert**, Bargeld schützt vor Negativzinsen, in: Handelsblatt – Deutschlands Wirtschafts- und Finanzzeitung, 15.02.2016, S.16
6. **Thiele, Carl-Ludwig**, Die Zukunft des Bargeldes, Deutsche Bundesbank, Reden auf dem 5. Deutschen Bargeldlogistik Kongress am 28.01.2015, https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Reden/2015/2015_01_28_thiele.html

CASH AS AN ELEMENTARY COMPONENT OF LIBERAL SOCIAL ORDER¹

Manfred O.E. Hennies²
University of Applied Science, Kiel

Introduction

Since state institutions began using account screening, in the bank sector, not only in cases of suspicion, but as a standard procedure for monitoring account and investment data, much of the illegal transfer of funds has shifted towards cash payments. Cash payments, in general, are carried out from hand to hand with no data collection and, therefore, no record of them having taken place; they are anonymous. The anonymity is particularly important for illegal transactions³ because the participants do not wish to be recognised.

Cash as a starting point to combat illegal transactions

In order to hinder, or even combat such illegal monetary transactions, the EU is considering two possible measures; one moderate and one more radical. The moderate solution would see the introduction of legislation restricting the amount of cash used in payments. Several countries have already introduced such legislation, which often varies from country to country. These varying restrictions suggest that the amount of cash which can legally be used, will depend on the socio-economic particularities of the country concerned. The German government is considering a limit of five thousand Euros. Within an economic community, such as the European Union, where many countries use the same currency, such variations would, of course, make no sense. A unified maximum amount for cash transactions should, if introduced, not be too low because the higher the limit, the smaller the number of citizens affected by it and, therefore, restricted in their freedom of choice. It is not yet clear how such a limit would be enforced as it would still be possible to pay sums of cash, within the restriction, in several instalments.

There is no guarantee that the limit could not be adjusted by governments ad hoc, and could even be set at zero. This would be the radical course of action; doing away completely with cash payments. The consequence would be that the transfer of money would only be possible by bank transfer from account to account. This version is based on a suggestion made two years ago by the University of Harvard economist Kenneth Rogoff, which was discussed in the press, as a way of combating criminal financial transactions. Additionally, the annulment of individual bank notes

¹ The article can be found on the accompanying CD.

² Dr. Manfred O. E. Hennies, retired professor, University of Applied Science, Kiel (manfred.hennies@fh-kiel.de).

³ financing of terrorism, drug dealing, flight of capital, payment for moonlighting, tax evasion and corruption and money laundering.

with a high value is being considered; for the Euro community the suggestion is to cease production of notes with the value of five hundred Euros. Notes of this value are rarely used in normal commerce, one reason being that many shops today no longer accept them. Since these notes are a simple way of transporting large sums of money unnoticed, their use is mainly limited to the world of illegal transactions where large sums of money need to be transported, or converted, as in the case of money laundering.

The banking sector's position regarding the question of cash transactions

Representatives of the banking sector are in favour of the campaign to eliminate the use of cash transactions, as this brings two main advantages within the banking industry:

- The existence of cash means that there is a low mark for central bank interest rates. The abolition of cash would allow the central bank to drop the prime interest rate as low as it wished, even below zero, enabling the negative deposit rates to be passed on to customers. The explanation being that bank clients would have no choice but to accept this, as they would no longer have the opportunity to withdraw their funds, as cash, to be deposited interest free in safe deposit boxes.
- If only cashless monetary transactions were possible the banks and internet banks would benefit from increased commission, as they would be involved in every transaction; this would increase their productivity.
- The abolition of cash would mean a decrease in investment in cash logistics; there would be no need for secured safes, efficient alarm systems and expensive ATMs, which need to be maintained. Furthermore, there would be no need for costly secure money transportation and no costs for the production of notes and coins for the central bank.
- The danger of robbery and expenditure for its prevention and for insurance would also cease to exist.

The meaning of cash within free economic order

On the other hand, the advantages of cash cannot be denied!

- Cash enables freedom of choice for its owner. As Dostojewski said in the 19th century, "Money is coined liberty" This applies only to cash; all other forms of monetary transaction are a means, for the authorities, of observing individuals.
- The use of cash enables individuals to maintain their anonymity, to control their own affairs and to avoid control through the state.

- Holding cash reduces the risk of bankruptcy because the central bank, as the provider and source of 'money creation', has never-ending resources. On the other hand, a current or savings account with a bank is always open to the risk of the bank becoming insolvent.
- Older people often experience difficulties using modern technology (mobile phones, Apps, Internet Banking). Cash provides them with the solvency they require, at all times.
- Citizens who, often due to a stroke of fate, live close to the poverty line and depend on such means as begging in order to survive, are totally dependent on the existence of cash. Without it they would have no means of existence. Furthermore, the removal of cash as a method of payment would do away with tips and gratuities for those employed in service jobs.
- The abolition of cash and the insistence on cash-free payment would increase the risk of cyber-crime as more and more of our daily business would be carried out via the internet.
- Cash has one big advantage; it shows us how much money we have to spend. This may be one reason why one hesitates more before buying articles and paying in cash, rather than when card payment is required or shopping online. This can also be a reason for the increase in private insolvency correlating to the increase in "virtual money".

Cash as a basis of contractual freedom

Contractual freedom is a basic principal within a liberally structured democratic society. Every citizen has the right, within the law, to negotiate the terms of a contract to be signed, laying down goods or payment (cash included) to be made, as a part of the contract. Thus, legislation restricting the use of cash or abolishing it, would be a breach of the freedom of rights as laid down in the constitution of any EU country. Therefore, if the European Monetary Union were to limit the use of Euro notes⁴, as a method of combating illegal transactions, this would be a breach of the contract laying down the mode of operation within the EU, as well as EU regulation No. 974/98, Part IV, Article 10, Line 2, for the inception of the Euro.

The abolition of cash, the more radical measure, would lead to a considerable limitation of contractual freedom as would, to a lesser extent the more moderate suggestion. The total abolition would mean ex nunc no statutory means of payment.

⁴ The European Union accepts only the Euro bank notes produced by the European Central Bank as a method of payment (Article 128/1, Line 3, contract laying down the mode of operation within the EU).

Within liberal order no governmental body has the right to withdraw from its citizens, to such a drastic extent, freedom of choice.

If this were to happen it is to be expected that the withdrawal of Euro notes and coins would simply lead to the use of foreign currency for cash payments. Another possible surrogate would be the use of gold for illegal transactions and, in smaller quantities, for normal payment. A logical consequence would then be to forbid the possession of gold. At this point the question would be: When does dictatorship replace freedom? Furthermore, the question is whether the aim behind removal of cash is merely to achieve total control over the purchasing power within the European Union?